

hajo funke die Höcke-AfD



vom **gärigen haufen**
zur rechtsextremen
»flügel«-partei

VSA:

eine flugschrift

Hajo Funke
Die Höcke-AfD
Vom gärrigen Haufen zur
rechtsextremen »Flügel«-Partei

Hajo Funke, Professor (i.R.) an der Freien Universität Berlin, ist ausgewiesener Experte für Rechtsextremismus. Von ihm erschienen zuletzt bei VSA: »Der Kampf um die Erinnerung. Hitlers Erlösungswahn und seine Opfer« (2019), »Gäriger Haufen. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel und völkische Radikale« (2018, zusammen mit Christiane Mudra), »Rechtspopulistische Zerstörung Europas?« (2018, zusammen mit Klaus Busch und Joachim Bischoff) und »Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz. Staatsaffäre NSU: das V-Mann-Desaster und was daraus gelernt werden muss« (2017).

Hajo Funke

Die Höcke-AfD

**Vom gärrigen Haufen zur
rechtsextremen »Flügel«-Partei**

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

Ich danke F. und N. sowie Micha Brumlik, Lutz Bucklitsch und Gertrud Hardtmann für intensive Diskussionen, Christiane Mudra für eine genaue kritische Lektüre des Manuskripts und ganz besonders Marion Fisch und Gerd Siebecke für das bei meinen Manuskripten stets umfangreiche weiterführende Lektorat.

Am Ort meiner Gasttätigkeit an der University of Virginia in Charlottesville in diesem Frühjahr danke ich meinem Freund Jeff Grossman und den Studierenden zur extremen und populistischen Rechten in Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten sowie der Bedeutung historischer Erinnerung in Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Charlottesville/Berlin, Mitte Mai 2020

© VSA: Verlag Hamburg 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: 30.8.2019, Königs Wusterhausen: Björn Höcke und Andreas Kalbitz
beim Wahlkampfabschluss der AfD in Brandenburg (Foto: Patrick Pleul/dpa)

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-066-6

Inhalt

Einleitung: Die AfD unter Druck von außen und innen	9
Vergifteter Machtkampf – Meuthen gegen Höcke & Kalbitz oder: Wie sich die Partei in der Krise selbst zerlegt	10
Verantwortung der politischen Eliten – gegen die Rechte und gegen die Pandemie	12
Unfähigkeit der AfD angesichts der Coronaepidemie	13
Reale Ängste und Dilemmata	15
Verschwörungs-»Theorien«? – Nein: Aggressive Verschwörungsideologien!	16
Zum Gang der nachfolgenden Argumentation	17
1. Rechte Dynamik und Schwächen der Demokratie seit 2014	19
Radikalisierung der AfD im Rhythmus ihrer Parteitage	19
Die Strategie der AfD	21
Der rechtsextreme Charakter der Partei	22
Hass gegen die »Kulturfremden«	23
Paranoia: »Umvolkung«. Gaulands rassistischer Code	25
Gewalt	26
Reinwaschung von Wehrmacht und Nationalsozialismus ..	27
Fazit	28
Das Verhältnis von Sprache, Agitation und Gewalt	28
Eskalation in die Gewalt seit 2018	30
Fanal vom 1. September 2018 in Chemnitz. AfDler und Hooligans	30
Überschreitung des braunen Rubikon. Und wieder ist Gauland ein Zuspitzer	32
Antisemitismus	33

Die Attentatswelle und die Verstrickung von Teilen der AfD	34
Der Täter im Mordfall Walter Lübcke und sein Umfeld ...	36
Hessischer Skandal der Geheimhaltung	38
Frühes Totalversagen der Sicherheitsbehörden in Thüringen	39
Anhaltende Gefahren in Zeiten aufgeheizter Stimmung	40
NSU 2.0! Versagen der Sicherheitspolitik 2020	42
AfD-Parteitag in Braunschweig Ende 2019: wachsende Radikalisierung, verschärfte innerparteiliche Spannungen	42
Zwischen Angst und Größenwahn	44
2. Das Trio: Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Götz Kubitschek	47
<i>Björn Höcke: Groteske Allmachtsphantasien ohne jede Machtperspektive</i>	<i>48</i>
»Wohltemperierte Grausamkeit« und Führerkult	48
»Nie zweimal in denselben Fluss« – Höckes Gewaltprogramm	49
Fazit: Zwang zum Erfolg – oder Scheitern ...	62
<i>Andreas Kalbitz: Neonazi und Einpeitscher</i>	<i>67</i>
Stationen einer rechtsextremen Karriere	67
Filmische Preisung der Wehrmacht und Holocaust-Leugnung	70
<i>Götz Kubitschek: Nationalrevolutionärer Strategie, Netzwerker, Politischer Ziehsohn des Faschisten</i>	
Armin Mohler	74
Nähe zu Ernst Jünger, Carl Schmitt und Armin Mohler	78
Mohlers Plädoyers für den »faschistischen Stil«	80
Fazit: Kalbitz & Co. gehen aufs Ganze – und die Lage spitzt sich zu	83

3. Aufhaltssamer Aufstieg im Osten?	85
Die Wahlerfolge der AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2019	85
Fusion von Enttäuschungen und Ressentiments – die »Leistung« der AfD	87
Fatale Rolle der »Leuchtturmpolitik« und Treuhandtrauma	88
Krisen- und ressentimentanfällige Demokratie in Thüringen	92
Die zentrale Rolle der Ost-AfD und ihr Resonanzraum	93
Aufladung kränkender Benachteiligung in Ressentiments, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt	93
Verfestigung und Dynamisierung rechtsextremer Orientierungen	95
Longue durée rechtsautoritärer Einstellungen	96
4. Das Drama in Thüringen und der Aufstand der Demokratie – in fünf Akten	97
<i>Erster Akt:</i> Die Landtagswahl am 27. Oktober 2019	97
Selbstblockade der CDU auf den Spuren des »Hufeisens«	97
Verharmlosung der Gefahr von rechts durch die Extremismustheorie	101
<i>Zweiter Akt:</i> Die Wahl Kemmerichs (FDP) am 5. Februar 2020	103
<i>Dritter Akt:</i> Das lange Warten auf einen klugen Kompromiss (5.2. bis 4.3.2020)	104
<i>Vierter Akt:</i> Höckes Rede vom 17.2.2020 – zwischen Verschmelzungslust und Vernichtungswut	106
Völkische Einheitsfront	107
<i>Fünfter Akt:</i> ein historischer Kompromiss	109
Die späte Verteidigung der demokratischen Institutionen gegen ganz rechts	110

5. Ausblick. Die extreme Rechte und die Gesellschaft in Coronazeiten	112
Neue Skandale und Herausforderungen der Sicherheitspolitik	113
Autoritär-nationalistische oder demokratisch- sozialstaatliche Politik?	114
Exkurs: Die Katastrophe und die Gewalt. Im Land des autoritären Populisten Trump	116
Paranoider Stil und Lügensystem	118
Fazit: Epochenbruch – oder die mehrfache Krise als Chance	119
Literatur	122

Einleitung: Die AfD unter Druck von außen und innen

Nach den Attentaten von Kassel, Halle und Hanau waren die Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit so alarmiert wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Eine Verrohung der Sprache war zwar bereits seit 2010 unüberhörbar, als Thilo Sarrazins kurz nach den Erschütterungen der Weltfinanzkrise erschienene eugenische und rassistische Kampfschrift »Deutschland schafft sich ab« ein Millionenpublikum ansprach. Seit nunmehr fünf Jahren sind entsprechende Ressentimentbewegungen und ihre Radikalisierung zu beobachten.

Doch erst mit dem Mord an Walter Lübcke im Juni 2019, dem antisemitischen Angriff auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019, dem terroristischen Massaker in Hanau Ende Februar 2020 – und der katastrophalen Entscheidung von CDU und FDP, sich bei der Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten zunächst von der Alternative für Deutschland (AfD) abhängig zu machen – hat die lange Welle wachsender Gewalt Sicherheitsbehörden und Öffentlichkeit anders und tiefer als bisher erschüttert.

In dieser Lage sollen in der vorliegenden Flugschrift vorrangig die Gefahren vergegenwärtigt und die Bedingungen für eine Umkehr zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschrieben werden – unter der Leitfrage: Können die Schockwellen nach Hanau zu einer Umkehr in Gesellschaft und Politik beitragen?

Die Republik stand nach der Kette von Anschlägen und dem Erfolgsrausch der AfD um Höcke in Thüringen vor einer neuen Situation. Die extreme Rechte machte erkennbar mobil und ein Teil der Populisten aus demokratischen Parteien assistierte dabei. Große Teile der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft wiederum protestierten einmütig wie selten zuvor gegen diesen Rausch von rechts in Thüringen und andernorts. Nur dem *öffentlichen Aufstand* nach dem Tabubruch der Wahl von Thomas Kemme-

rich am 5. Februar 2020 ist es zu verdanken, dass auch in FDP und CDU eine intensive Debatte um das, was sie für »Mitte« halten, entbrannt ist. Innerhalb von Stunden war der Protest so ausgeweitet, ja zu einem Aufstand geworden, dass insbesondere in der FDP eine Spaltung bevorgestanden hätte, wenn nicht die Parteispitze und die Landes-FDP nachgegeben und Kemmerich zurückgezogen hätten. Auch die CDU hat gespürt, welches Desaster diese Entscheidung für sie mit sich gebracht hat.

Vergifteter Machtkampf: Meuthen gegen Höcke & Kalbitz oder: Wie sich die Partei in der Krise selbst zerlegt

Parallel wuchs der Druck auf die AfD gleichzeitig von außen und innen. Die Partei war weit vor der Coronakrise selbst in der Krise und verzeichnete vor dem Hintergrund der Attentatswelle und einer zunehmenden Kritik an ihrer Aufheizung des politischen Klimas seit spätestens Februar 2020 sinkende Umfragewerte.

Im März 2020 kam die erwartbare Entscheidung des Bundesamts für Verfassungsschutz hinzu, dass der »Flügel« nun als eine »gesichert rechtsextremistische Bestrebung«¹ in Gänze beobachtet wird. Die Partei hatte bereits lange vorher einen solchen Entscheid befürchtet, wie auch der Verlauf des Parteitags Anfang Dezember 2019 in Braunschweig demonstrierte. Der Kampf gegen die Entscheidungen des Verfassungsschutzes bildete dort eines der zentralen Themen bei der Berichtspflicht des Vorstands.

Parteichef Jörg Meuthen hatte danach vor allem wegen der Beobachtung des »Flügels« durch den Verfassungsschutz die Reißleine zu ziehen versucht und – was von ihm bereits länger avisiert worden war – den offenen Machtkampf gegen diesen Teil der Partei aufgenommen. Mitte März forderte er den Bundesvorstand auf, die Auflösung des »Flügels« zu beschließen, was aller-

¹ Siehe Pressemitteilung vom 12.3.2020; www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312-bfv-stuft-afd-teilorganisation-der-fluegel-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein

dings nur zu einem allzu sanften Beschluss ohne Konsequenzen führte. Dann aber spitzte Meuthen die Auseinandersetzung zu, indem er dem »Flügel« vorschlug, von der AfD in Wahlkämpfen getrennt aufzutreten.

Am 1. Mai erfolgte schließlich eine Selbstauflösung des »Flügels« – nach Ansicht von Verfassungsschützern eine »Scheinauflösung«. Überdies war sie begleitet vom triumphierenden Gestus des Duos Höcke/Kalbitz und von ihrer Versicherung, nun noch erfolgreicher weiterzumachen. Die Idee einer Abtrennung aber wurde vom Vorstand in einer für Meuthen demütigenden Form verworfen. Der Vorsitzende entschuldigte sich daraufhin.²

Mitte Mai 2020 riskiert Meuthen durch den vorläufigen Rauschmiss von Kalbitz endgültig den Machtkampf. Er erreicht im Bundesvorstand gegen den wütenden Widerstand des Flügels und Gaulands eine vorläufige Nichtigkeitserklärung der Mitgliedschaft von Kalbitz wegen falscher Angaben beim Eintritt in die Partei; die radikale Ausrichtung in der Partei war nicht Gegenstand der Entscheidung. Kalbitz erklärt, seine Mitgliedschaft mit allen juristischen Mitteln durch einstweilige Verfügung und gegebenenfalls vor Gericht einzuklagen; Repräsentanten des Flügels sprechen von »Verrat« (Höcke) und fordern, alsbald auf ei-

² Der Bundesvorstand schloss sich Meuthens Aufforderung bei einer Enthaltung (Stephan Brandner, »Flügel«) und einer Nein-Stimme (Andreas Kalbitz, ebenfalls »Flügel«) an. Aber schon wenig später entschlossen sich die »Flügel«-Chefs, mit dem taktischen Schachzug einer formellen Auflösung den Beschluss des Vorstands ins Leere laufen zu lassen (vgl. Spiegel 28/2020). In einem Interview mit dem neurechten Verleger Götz Kubitschek vom 21.3.2020 erklärte Björn Höcke, dass er seinen Kurs inhaltlich weiterführen wolle (<https://sezession.de/62309/ueber-den-fluegel-hinaus-ein-gespraech-mit-bjoern-hoecke>). Auch im Bundesvorstand wusste man nicht, was genau eine Auflösung bedeutet. »Am 1. Mai 2020 war die Internetseite der Strömung nicht mehr online, auch die Social-Media-Auftritte der Bewegung existierten nicht mehr. Höcke sprach zuvor in einem Video von einer »einzigartige[n] Erfolgsgeschichte (...), die zwar jetzt formal abgeschlossen wird, die aber in gewisser Weise weitergeschrieben wird, weil der Geist des Flügels natürlich in der Partei bleiben wird.« (welt.de vom 1.5.2020)

nem Parteitag die Mehrheit des Bundesvorstands zur Rede zu stellen. Damit ist der Machtkampf in der Partei entgrenzter und entfesselter als je zuvor.

Hinzu kommt: Dieser Machtkampf ist keiner um eine grundlegende Änderung der rechtsextremen Ausrichtung: Die Gruppe um Meuthen wendet sich mit dem gleichen rassistischen Code von den »Kulturfremden« gegen alle größeren ethnischen Minoritäten im Land. Und: Selbst wenn sich Kalbitz nicht durchsetzen würde, dürfte es über lange Monate zu einem erbitterten Machtkampf mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Partei kommen.

Letztlich ist diese mehrfache Krise Resultat der steten Radikalisierung einer einstmals eurokritischen Partei. Die radikal-nationalistisch-rechtsextremen Formationen schufen im Osten Deutschlands, vor allem in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, eine parteiinterne Machtbasis, gegen die jene Kräfte, die in erster Linie der CDU und der FDP Wähler*innen abspenstig machen wollen, nichts auszurichten vermögen. Unterdessen erreicht die Zustimmung zur AfD im Osten bis zu einem Viertel der Bevölkerung und ist nicht zu verstehen ohne das besondere Ausmaß rechtsautoritärer Einstellungen und schwerwiegender sozialökonomischer Enttäuschungen und Erschütterungen im Gefolge der Vereinigung.

Verantwortung der politischen Eliten – gegen die Rechte und gegen die Pandemie

Die relative Stärke der AfD in einem Teil der ostdeutschen Länder ist auch das Resultat eines doppelt falschen Handelns der politischen Eliten: Weder wurde die Vereinigung mit der ehemaligen DDR *ökonomisch und kulturell fair* angegangen, noch haben die Eliten in der langen Zeit danach den Mut gehabt, den Rechtsextremismus entschieden zurückzuweisen. Wut resultiert nach Jürgen Habermas (2020: 8) eben auch aus einer »Erfahrung politischer Ohnmacht«, in der sich wiederum die Mutlosigkeit

der »verzweigten politischen Elite« (ebd.: 10) spiegelt, die dieser Ohnmachtserfahrung ökonomisch und politisch nichts Angemessenes entgegengesetzt hat.

Die politische Klasse »gibt ihren kleinteiligen Opportunismus der Machterhaltung als Pragmatismus aus, beschränkt sich auf das Klein-Klein der additiven Befriedigung von Gruppeninteressen und verzichtet auf eine Gestaltungsperspektive« (ebd.: 9). Dieser Gesichtspunkt gilt in besonderem Maße für die ökonomischen Erschütterungen im Osten Deutschlands, ohne die die dort so erfolgreiche Mobilisierung rechtsautoritärer Einstellungen nicht zu erklären wäre. Dabei hat es viel zu lange gedauert, »bis die Nazi-Aufmärsche, die antisemitischen Anschläge und sogar der Mord an einem Politiker eine auf Antikommunismus und Islamophobie getrimmte Öffentlichkeit alarmiert und die Behörden zu einem Perspektivenwechsel von links nach rechts veranlasst haben. Bis vor kurzem war es bei uns für Politiker der breiten Mitte noch unmöglich gewesen, ein klares Wort gegen den rechten Mob zu riskieren, ohne reflexhaft – als müssen sie sich entschuldigen – auf die Symmetrie von Rechts- und Linksextremismus hinzuweisen« (ebd.: 15). Jürgen Habermas betont, er habe »überhaupt kein Verständnis dafür, Wutbürger in Watte zu packen« (ebd.). Schließlich seien die Bürger erwachsen und hätten »einen Anspruch darauf, als solche behandelt zu werden«; die Öffentlichkeit müsse auch »wüste Formen des Konflikts aushalten« können (ebd.).

Es gibt darüber hinaus einen indirekten Zusammenhang zwischen »wachsende(r) soziale(r) Ungleichheit«, die durch einen »neoliberal entgrenzten Wettbewerb« verursacht worden ist, und dem Phänomen des Rechtspopulismus (ebd.: 8). Es zeigten sich auch bei rechten Protesten »defensive Reaktionen« von vorgeschobenen »*phobischen* Gefühlslagen« (ebd.). Dahinter steht die durchaus realistische Wahrnehmung, dass die Nationalstaaten gegenüber den deregulierten Märkten immer weniger politische Handlungsfähigkeit besitzen.

Demgegenüber sieht der Philosoph sowohl in Deutschland als auch in Europa – eine Aussage, die er weit vor der Corona-

pandemie, im Herbst 2019, formuliert! – eine Solidaritätsbereitschaft über nationale Grenzen hinweg.

Unfähigkeit der AfD angesichts der Coronaepidemie

In der fundamentalen, globalen Coronakrise wird unmissverständlich deutlich: Rechtspopulisten haben darauf bisher keine Antwort. Weder jene, die wie der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro und US-Präsident Donald Trump (noch) an der Macht³ sind, noch jene, die diese Krise nur für sich zu nutzen versuchen. Die Pandemie, die im Spätwinter 2020 auch die Bundesrepublik Deutschland erreicht hat, erfordert ein präzises Krisenmanagement, zu dem die AfD kaum etwas beiträgt. In Deutschland haben sich die Exekutiven nach einigem Zögern dazu entschlossen, maßvoll und zugleich entschieden die Bürger*innen in die Pflicht zu nehmen, dem Gesundheitssystem – spät genug – unter die Arme zu greifen und jenseits der »schwarzen Null« das immer noch bestehende soziale Sicherheitsnetz reißfester zu machen. Damit ist zugleich das auch in Teilen der AfD immer noch hochgehaltene neoliberale Mantra, der Markt werde es schon richten, entzaubert. Statt sich der dramatischen Gesundheitskrise problembewusst zu stellen, beschäftigte sich die Partei mit sich selbst und diskutierte Jörg Meuthens Idee, den »Flügel« abzutrennen. Sie hat auch nicht *einen* konstruktiven Ansatz in der Debatte um die Strategie gegen die Pandemie eingebracht. Zwar gab es einige Vertreter*innen, die sich wenigstens in ihren Äußerungen zurückhielten. Aber daneben dominiert eine Fundamentalkritik nach dem bekannten ideologischen Muster: Der Exekutive wird wechselweise Hybris, Hysterie, totale Überwachung oder gar diktatorische Überwältigung vorgeworfen.

Zwischendurch fordert Meuthen, die »Einreise von Nicht EU-Ausländern« auszusetzen, da »sie möglicherweise dabei (...) das

³ Zur Einschätzung der Krise in den USA siehe den Exkurs im fünften Kapitel dieser Flugschrift.

Coronavirus verbreiten würden« (tagesschau vom 26.3.2020). Dann wieder sollen Einreisen überhaupt unterbleiben, doch nicht für alle: Erntehelfer sollen einreisen dürfen. Oder es werden, wie durch den Berliner AfD-Fraktionschef Georg Pazderski, Jugendliche und speziell Klimaschützer zu Verbreitern des Coronavirus erklärt. Und: »Christian Wirth, Bundestagsabgeordneter der AfD, schlug vor, die freigewordenen Kapazitäten im Flugverkehr für Massenabschiebungen zu verwenden. Die Flugzeuge könnten »für eine schnelle und effektive Rückführung der rund 250.000 ausreisepflichtigen Migranten in Deutschland« genutzt werden.« (Ebd.) Auch wird bei einigen weiterhin der Wunsch aufrechterhalten, Angela Merkel »am besten hinter Gittern« zu sehen (ebd.)

Noch in der Phase erster Lockerungsstrategien des »Shut-downs« Anfang Mai finden sich geradezu schizophrene Haltungen in der AfD: Es gebe diese Pandemie kaum oder gar nicht *und* sie sei zugleich Resultat einer Verschwörung, gegen die zusammen mit anderen diffus-aggressiven Bewegungsversuchen wie dem neu gegründeten »Widerstand 2020« oder »Hygiene«-Demonstrationen zur vermeintlichen Rettung der Grundrechte vorgegangen werden soll.

Reale Ängste und Dilemmata

In Öffentlichkeit und Politik geht es um die Wahrnehmung gegenläufiger, sehr realer Ängste: der Angst vor den lebensbedrohenden Gefahren des Virus und der Angst um die Existenz angesichts sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Erschütterungen. Proteste gegen zu schnelle – und vor allem gegen zu langsame – Lockerungen der Grundrechtseinschränkungen haben erkennbar mit der extremen *ökonomischen*, oft auch persönlichen Verunsicherung zu tun. Häufig kommt es einem Dilemma gleich, aus Angst vor dem Virus für und aus Angst vor der sozialen Vernichtung gegen Grundrechtseinschränkungen zu sein.

Zu Protesten kommen, so von mir am 9. Mai in Berlin an der Volksbühne beobachtet, Menschen aus sehr heterogenen Gründen zusammen. Die einen sind nur neugierig, eher unpolitisch, andere sind Impfgegner, Dritte wollen lediglich das Recht auf Demonstration verteidigen, oder sie kommen aus Sorge um ihre Existenz und sind wütend. Dann aber gibt es jene, die sich das Thema als Rechtspopulisten und Rechtsextreme zunutze machen wollen: von der AfD über die Identitären bis zu Reichsbürgern und gewaltbereiten Hooligans. Diese heterogene Zusammensetzung ist kein Stoff für größere Bewegungen; solche Konstellationen zerfallen eher, und ob die Rechtsextremen sie nutzen können, ist überhaupt nicht ausgemacht. (Vgl. Dieter Rucht, Tagesspiegel, 12.5.2020)

Verantwortliche müssen darauf mit Transparenz, Begründung und zeitlicher Limitierung ihrer Maßnahmen sowie mit deren je neuer Legitimierung vor Parlament, Öffentlichkeit und Gerichten reagieren. Es gehört zur Verantwortung der Exekutiven, dass sie die zeitweise massiv eingeschränkten Grundrechte mit Art. 1 und 2 des Grundgesetzes legitimieren, wonach die Menschenwürde *und* der Schutz des Lebens aufeinander bezogen grundrechtlich Vorrang haben. Die Grundrechte werden nicht schlicht durch die Forderung nach Bewegungs- und Versammlungsfreiheit infrage gestellt oder gar mit dem Verweis auf das Grundgesetz fundamentalistisch abgewiesen, wie dies in einem Teil der diffus-aggressiven »Hygiene-Demonstrationen« geschieht (vgl. Jürgen Habermas, Die Zeit, 7.5.2020).

Verschwörungs-»Theorien«? – Nein: Aggressive Verschwörungsideologien!

Die emotionalen Spannungen, die aus der besonderen Angst vor einem unsichtbaren Erreger und einer entsprechend starken Angst-Abwehr entstehen, haben bei einem Teil der Bürger*innen dazu geführt, das ganze Phänomen zu leugnen. Unmittelbar daran schließen die wildesten, oft fundamentalistischen und hasser-

füllten Verschwörungsideologien an. Die Pandemie sei das Werk des an Impfprogrammen interessierten Bill Gates, ohnehin seien Juden wie George Soros für das Ganze verantwortlich. Der vegane Koch Attila Hildmann behauptet, Bill Gates plane die »Versklavung der gesamten Menschheit«. Dieser habe die besten Voraussetzungen dazu, weil er »ALLE BETEILIGTEN ob Wuhan, WHO, RKI, MEDIEN, Pharma und Virolügen wie Drosten« finanziere. Der Microsoft-Gründer sehe alle Menschen als »wertlose Schafe (...), denen er über Virus-Terroranschläge und deren Behandlung mit Impfungen tödliche Spritzen geben kann« (Merkur, 9.5.2020). Neonazis, AfDler, der selbsterklärte »Volkslehrer« Nikolai Nerling und exzessive Narzissten wie der antisemitische und inzwischen paranoide Verschwörungsphantast Ken Jebsen sowie Identitäre und »Reichsbürger« tauchen bei den rechtsoffenen »Hygiene-Demonstrationen« vor der Volksbühne in Berlin und anderswo auf (vgl. u.a. ND vom 7.5.2020). Sie versuchen, die teils berechtigte und verständliche Kritik an Grundrechtseinschränkungen in ihre Verschwörungsideologie und rechtsextremen Vorstellungen zu pressen.

Ob indes diese diffusen Eruptionen angesichts gegenläufiger Ängste zu einer stabileren Bewegung werden oder sich gar von rechtsgerichteten Parteien kapern lassen, ist fraglich. Anders als bei Bewegungen wie *Stuttgart 21* gegen den Bau eines Großbahnhofs gibt es in dieser Konstellation kein Ja/Nein oder Wir/Die. Denn das, »wogegen« es ginge, das Virus, ist längst da, selbst wenn man jemanden (zum Beispiel China) zum Sündenbock erklärt. Auch wenn Björn Höcke am 8. Mai im Thüringer Landtag dem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow eine »Herrschaft der Angst« und des unkontrollierten »Ausnahmestands« unterstellt, weil die Landesregierung eine Maskenpflicht anordnet, oder wenn der kurzzeitige Ex-Ministerpräsident Kemmerich sich in einer Demonstration erneut mit der Thüringer AfD gemein macht, ist damit noch kein Erfolg für die extreme Rechte vorgezeichnet.

Wichtig ist, dass die gewählten Regierungen weiter wie bisher transparent kommunizieren, dass sie verantwortlich handeln

und deswegen auf das – durchaus nicht blinde – Vertrauen eines Großteils der Bevölkerung setzen können.

Zum Gang der nachfolgenden Argumentation

Der offen ausgetragene Machtkampf in der AfD ist letztlich – das ist Gegenstand des ersten Kapitels dieser Flugschrift – das Resultat eines innerparteilichen Durchmarsches des vor fünf Jahren gegründeten »Flügels«. Dessen ideologische Speerspitzen und Anführer, Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Götz Kubitschek, und ihr Einfluss auf Teile der Bevölkerung werden im zweiten Kapitel näher untersucht. Im Osten hat die Entfesselung der Resonanzräume in den Landtagswahlen 2019 den »Flügel« innerparteilich zunächst zu einer unumstößlichen Größe gemacht (drittes Kapitel). Im Drama von Thüringen, das im vierten Kapitel nachgezeichnet und untersucht wird, gipfelt der Durchmarsch der »Flügel«-Protagonisten, bevor er vorerst zum Halten gebracht werden konnte. Ihnen gegenüber bedarf es (siehe den Ausblick im fünften Kapitel) nicht nur einer Ideologiekritik, sondern einer breit getragenen und durch die Coronakrise nochmals dringlicher gemachten gesellschaftlichen und politischen Antwort.⁴

⁴ In diese Flugschrift gehen Vorträge und Begegnungen beim Verein der Polizeipräsidenten, einer von der Justizministerin veranstalteten Konferenz zum Rechtsextremismus sowie vor dem jüdischen Gemeindetag 2019 ein; ebenso Kurzstudien in Thüringen und Brandenburg und Gespräche mit Verfassungsschützern. Besonders aufschlussreich waren Beobachtungen des Wahlkampfes der AfD in Brandenburg und Thüringen 2019 und ihres Parteitags in Braunschweig am 30. November und 1. Dezember 2019.